



TORSUN IM INTERVIEW

Der Sänger der Elektropunk-Band Egotronic spricht über seinen Hass zu den Grünen, Parteimitgliedschaften und Arschgeigen.

► Seite 3



MINDESTLOHN

So löchrig wie ein Schweizer Käse: Essener Jugendorganisation kritisiert Ausnahmeregelungen für junge Menschen.

► Seite 4 und 5

AKDUELL IM NETZ

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren und noch viel mehr gibt es im Internet unter der Adresse:

► www.akduell.de

VRR: Drastische Preiserhöhung soll kommen

Das Semesterticket soll deutlich teurer werden: Schon ab dem Wintersemester 2015/2016 plant der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) einen Aufschlag von 12 Euro. Und damit ist noch lange nicht das Ende der Fahnenstange erreicht: Bis einschließlich 2019 wird das Ticket jeweils zum Sommersemester um 45 Cent pro Monat teurer. Tarifliche Preiserhöhungen, die auch für die anderen Tickets gelten, noch nicht eingeschlossen. Der VRR hat den ASten jetzt einen Vertragsentwurf vorgelegt. Die Studierendenvertreter*innen berichten aktuell, wie sie reagieren.



Studierendenvertreter*innen protestieren auf dem Essener Campus gegen die geplanten Preiserhöhungen des Semestertickets. (Foto: mac)

Während im vergangenen Sommer die Studierenden den Verwaltungsrat des VRR daran hindern konnten, einer Preiserhöhung zuzustimmen, ging es in diesem Jahr ganz schnell. In zehn Minuten wurde die drastische Preiserhöhung des Semestertickets einstimmig im Rathaus Essen am 27. Juni abgenickt. Jetzt liegt das Angebot des VRR den ASten vor. Und das sieht gerade für das Semesterticket eine Sondererhöhung vor. Es ist aber noch keine ausgemachte Sache, dass die Asten das Angebot annehmen werden: „Ich sehe bei den ASten die Tendenz, den Vertrag so nicht anzunehmen, einfach weil wir den bestehenden Vertrag gut finden und keinen Bedarf sehen, ihn zu kündigen“, so Marcus Lamprecht, Referent im AStA der UDE. Damit sind zähe Verhandlungen zwischen den Studierenden und dem VRR wahrscheinlich.

Denn besonders die Begründungen des Verwaltungsrats haben die Studierendenvertreter*innen geärgert. 2013, als erstmalig bekannt wurde, dass der VRR das Ticket massiv verteuern will, wurde die Preiserhöhung mit steigenden Fahrgeizahlen begründet. Statt ange-

nommenen 30 Prozent hätten dann im Jahr 2013 über 40 Prozent das Ticket genutzt, so der VRR. Aber: „Wir können noch immer nicht unbedingt nachvollziehen, wie die Zahlen zustande gekommen sind, was die Nutzung angeht“, sagt Grünen-Mitglied Norbert Czerwinski auf der Verwaltungsratssitzung. Letztes Jahr hatten die Grünen die Studierenden noch maßgeblich unterstützt, dieses Jahr stehen sie auf der Seite des VRR

„Wir fühlen uns VRRarscht!“

Da sich eine solche Steigerung der Fahrgastzahlen vom VRR nicht belegen lässt, wird nun eine andere Argumentationslinie gefahren: „Das neue Angebot ist im Vergleich zu den Auszubildenden mit 90 Euro im Monat und zu Pendlern mit 140 Euro immer noch ein attraktives Angebot“, so die Sprecherin des VRR, Sabine Tkatzik. Für die Studierenden ein unmögliches Argument: „Wir fühlen uns da wirklich VRRarscht. Letztes Jahr hieß es noch, der VRR mache keine Sozialpolitik“, sagt auch der Duisburg-Essener AStA-Ökologie-Referent Marcus Lamprecht. Und außerdem: „Die Auszubildenden haben nichts davon,

wenn wir mehr Geld zahlen. Im Gegenteil, sie sollten eher weniger zahlen“, so Lamprecht weiter.

Doch nicht nur mit der Preisschere wird argumentiert. Die Politiker*innen auf der Verwaltungsratssitzung heben hervor, dass das Semesterticket preislich gesehen das beste Ticket sei: „Sie dürfen zur Kenntnis nehmen, dass das Semesterticket im VRR bundesweit konkurrenzlos günstig ist“, so Lothar Beine von der SPD-Ratsfraktion der Stadt Mönchengladbach. Die Studierendenvertreter*innen argumentieren aber dagegen: „Es gibt ja auch die meisten Studierenden in NRW. 25 Prozent aller Studierenden studieren hier“, so AStA Ökologie-Referent Lamprecht. Jedes Semester zahlen 213.000 Studierende rund 22,75 Millionen an den Verkehrsverbund. Das sind die größten sicheren Einnahmen des Verkehrsverbunds.

Es ist ja auch Weltmeisterschaft...

Ein weiterer Kritikpunkt der Studierendenvertreter*innen ist, dass sie erst kurzfristig über die Sonderpreiserhöhung informiert wurden. In etwas mehr als zwei Wochen fanden nur zwei Treffen

statt. 2013 waren es noch Monate über die Semesterferien hinweg. „Deshalb war es für uns in diesem Jahr viel schwieriger Proteste zu organisieren“, so die AStA-Referentin Malzkorn. Die kurze Vorlaufzeit zur Preiserhöhung erklärt die Sprecherin des VRR dagegen so: „Also das war auch ein bisschen der Weltmeisterschaft und den Terminen geschuldet.“ In Zeiten von klammerheiligen Abstimmungen im Bundestag vielleicht nicht die beste Wortwahl. Außerdem wollte der VRR den Verhandlungszeitraum nicht in die Semesterferien legen. AStA-Vertreter Lamprecht hat trotzdem kein Verständnis: „Das Semester hat im April begonnen, da hätten Gespräche schon lange laufen können.“ Gerade deswegen bleiben die ASten im Verkehrsverbund vernetzt und planen weiterhin gemeinsame Handlungsstrategien gegen die Preiserhöhung. [mac]

SOLIDARITÄT MUSS MOBIL BLEIBEN!

Rund **213.000 Studierende** zahlen aktuell **110,16 Euro** für das Semesterticket an den VRR, egal ob sie den Fahrschein nutzen oder nicht. Nur durch dieses Solidaritätsprinzip kommt der günstige Preis zustande. Sollten die Erhöhungen die Grenze von **über 10 Prozent** übersteigen, müsste an der UDE urabgestimmt werden, ob das Semesterticket erhalten bleiben soll. Sprächen sich die Studierenden gegen das Ticket aus, bliebe eine teure Alternative: das Young Ticket kostet für die Preisstufe C schon **97,35 Euro** pro Monat.

HÖMMA!**Politik in Essen ist Glückssache**

Die spinnen doch im Stadtrat! Weil die sich da lieber alle gegenseitig die Köpfe einhaun, statt zumindest mal einer Meinung zu sein, wenn es gegen Nazis geht. Getz kann man da Posten in Aufsichtsräten per Lotterie gewinnen. Ich mein: Drei Eigentore in Folge is ja quasi das Gegenteil von einem Hattrick. So ungefähr muss sich Bürgermeister Paß gefühlt haben, als er dreimal hintereinander die Nasen von Pro NRW ausm Lostopf gezogen hat. Die ham getz sechs dicke Posten vonne Stadt geschenkt bekommen. Tolle Wurst.

So ein Pech ist ja schon echt nicht mehr normal. Mal sehen, ob die Pechsträhne von dem Paß noch weiter geht. Nächstes Jahr will er sich ja auch schon wieder wählen lassen. Aber wer will schon nen Bürgermeister, der immer verliert? Dat mit der grünen Hauptstadt hat ja wohl auch nicht geklappt. Ist halt Pech, wenn der Orkan ma eben dat ganze Grün wegsäbelt.

Paß sollte sich da mal von besseren Spielern beraten lassen. Vielleicht versucht er es auch besser erstmal am Spielautomaten. Da kann man am Ende auch nicht so viel verlieren wie im Nobel-Casino oder im Stadtrat. Mein Kumpel Frank würd' ihm auch sicher ein paar Tricks zeigen können, aber wahrscheinlich ist sich der feine Herr da auch zu gut zu. Kennt man ja. Wennze erstmal mit hohen Einsätzen zockst, gehste auch nicht so gern wieder runter.

Machts gut ihr Halunken, euer Bernd Trunken

Aufstand der Akademiker*innen

Wer sein Studium beendet hat und in den Job einsteigen will, sieht sich häufig zu schlecht bezahlten Tätigkeiten gezwungen. Vor allem für den Beruf notwendige Praktika werden immer öfter nur geringfügig vergütet. Vor allem im geisteswissenschaftlichen Bereich ist prekäre Arbeit allgegenwärtig. Die Initiative „Akademischer Frühling“ will dies ändern.

Rund 550 Personen sind bereits Teil der Awareness-Kampagne auf Facebook. „Bei vielen Praktika und Einstiegsjobs für Hochschulabsolventen passen Bezahlung und die Arbeitsbedingungen nicht zusammen“, sagt Dirk Schmitt von der Initiative im Gespräch mit aktuell. Das betreffe etwa die Anzahl der Wochenstunden und die beruflichen Anforderungen an die Kandidat*innen. Zudem müsse Berufserfahrung vor dem Einstieg in den Job oft durch Praktika erworben werden, für die es oft nur eine Aufwandsentschädigung von zum Beispiel 400 Euro im Monat gibt, manchmal auch überhaupt nichts. Wenn es für faktische Vollzeitbeschäftigungen 900 Euro gibt, ist das im Vergleich mit anderen Ausschreibungen sogar noch viel. Und trotzdem: „Damit ist es in Deutschland praktisch nicht möglich, über die Runden zu kommen“, so Schmitt. Dies sei umso problematischer, als dass Uni-Absolvent*innen vor Herausforderungen stünden, die einer soliden Finanzierung bedürfen: etwa die Vorbereitung einer Altersvorsorge oder die Gründung einer Familie. Im Ergebnis könnten prekäre, aber für den Beruf notwendige Praktika nur von Kindern reicher Eltern absolviert werden. „Chancengleichheit sieht anders aus“, argumentiert die Initiative.

Mindestlohn nicht für alle

In der Initiative „Akademischer Frühling“ vernetzen sich Betroffene, um die Probleme zu thematisieren und öffentlich zu machen. Der von vielen Absolvent*innen empfundene Frust, nach einem Masterabschluss mit einem schlecht bezahlten Praktikum weiter machen zu müssen, sei kein Einzelphänomen. Daran ändere auch die neue Mindestlohnregelung von Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) nichts.



Von wegen nur Kaffee kochen: Uni-Absolvent*innen sind hoch qualifiziert und werden trotzdem mit schlecht bezahlten Praktika und Jobs abgespeist. (Foto: TAKA@P.P.R.S/flickr.com, CC BY SA 2.0)

Der Mindestlohn sollte eigentlich bei 8,50 Euro liegen und grundsätzlich für alle Branchen und Regionen gelten. Allerdings sollen nun Pflichtpraktika sowie freiwillige Praktika von bis zu drei Monaten während der Ausbildung oder dem Studium von der Mindestlohnregelung ausgenommen werden. Nach Abschluss der Ausbildung oder des Studiums gelte der Mindestlohn grundsätzlich auch für Praktikant*innen – es sei denn, sie wollen sich in einem anderen Bereich als dem bisher gelernten weiterbilden. Ein Schlupfloch, durch das Arbeitgeber*innen ihre Praktikant*innen formal anders beschäftigen können und somit nicht den Mindestlohn zahlen müssen.

Viele Jobs, wenig Geld

Vor allem im Non-Profit-Bereich, also da, wo gemeinnützige Arbeit verrichtet wird, liege einiges im Argen. „Es ist wichtig zu erkennen, dass sich viele junge Absolventen in einer schwierigen Situation befinden“, sagt Schmitt. Mit dem Finger auf bestimmte Unternehmen zeigen will jedoch niemand. Die Aktivist*innen möchten Organisationen, Stiftungen und Unternehmen, die Ausschreibungen für Stellen mit schlechten Bedingungen veröffentlichen, mit ihrer Kritik konfrontieren. „Konkret wird zurzeit daran gearbeitet, bestimmte Richtlinien zu entwickeln, welche Aufgaben, Anforderungen, Voraussetzungen

und Vergütung für Praktika, Traineeships oder Juniorstellen wir für angemessen halten.“ Dafür richtet die Initiative gerade eine Internetseite ein. Dort sollen Ausschreibungen von un- oder schlechtbezahlten Praktika und Einstiegsjobs veröffentlicht und kritisiert werden.

Geht es nach den Zahlen, die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung erhoben hat, soll es Uni-Absolvent*innen gut gehen. Nur 2,5 Prozent aller Akademiker*innen waren 2012 ohne Job. Bei Personen ohne Studium lag die Quote dagegen bei 19 Prozent. Für die Studie wurden insgesamt 4.700 Akademiker*innen befragt, die ihr Studium im Jahrgang 2000/2001 beendet haben. Dabei wurde erhoben, wie der Berufseinstieg verlaufen ist und wie ihre berufliche Situation zehn Jahre nach Studienabschluss ist. Hierbei wird allerdings deutlich: Die geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächer werden am geringsten vergütet. Zwar liegt das Einkommen von Akademiker*innen in vier von fünf Fällen über dem Durchschnitt aller Beschäftigten: Zehn Jahre nach Beendigung des Studiums sind das 63.000 Euro pro Jahr. Aber mit 40.300 Euro bilden Sozialarbeiter*innen das Schlusslicht. Die sonstigen Geisteswissenschaften sind im Mittelfeld der akademischen Einkommenspyramide angesiedelt. [Mnd]

Torsun mag die Grünen nicht

Der Sänger der Elektropunk-Band Egotronic fordert Mitglieder der Grünen auf, aus der Partei auszutreten. Als Belohnung lockt die Band mit Backstagepässen, CDs, Büchern und Fan-Shirts. Hintergrund: In der Gerhart-Hauptmann-Schule in Berlin-Kreuzberg hatten rund 40 Flüchtlinge, die um ihr Bleiberecht kämpfen, zehn Tage lang auf dem Dach ausgeharrt. Das von Grünen dominierte Bezirksamt wollte die Schule räumen lassen und ließ kurzerhand das Viertel durch die Polizei abriegeln, um Unterstützer*innen und auch die Presse fern zuhalten. Es kam zu Polizeiübergriffen. aktuell-Redakteurin Maren Wenzel hat mit Egotronic-Frontmann Torsun Burkhardt gesprochen.



Torsun Burkhardt, Sänger der Band Egotronic, fordert Grünen-Mitglieder auf, aus ihrer Partei auszutreten.

Torsun, was hast du eigentlich gegen die Grünen?

Ich bin 1974 geboren und habe ab 1998 die rot-grüne Koalition miterleben müssen. Damals haben die Grünen zusammen mit der SPD, die ich genauso verabscheuungswürdig finde, den ersten Angriffskrieg der BRD möglich gemacht. Außenminister Fischer hat sich dann auch noch erdreistet, das Ganze mit Auschwitz zu erklären. Die Grünen haben außerdem die härtesten Sozialleistungskürzungen in der Geschichte der Bundesrepublik durchgedrückt. Lauter solche Sachen, die mit den beiden Parteien in der Opposition nicht möglich gewesen wären. Damals ist meine Ablehnung in Hass umgeschlagen.

Warum macht ihr dann jetzt erst so eine Kampagne?

Egotronic wird von jüngeren Leuten gehört, die einfach die Scheiße in den Neunzigern nicht mitbekommen haben. Die erleben jetzt aber die Situation an der Gerhart-Hauptmann-Schule, wo Flüchtlinge belogen werden und ohne mit der Wimper zu zucken ein polizeilich kontrolliertes Gebiet geschaffen wird. Die SPD hat das in Hamburg vorgemacht, da gab es einen riesen Aufschrei. Die Grünen haben das jetzt in Berlin gemacht mit 900 Polizisten, die teilweise mit Maschinenpistolen bewaffnet waren. Das waren diktatorische

Methoden, die man da beobachten konnte. Jetzt haben es auch die Jüngeren mal mitbekommen.

*Mittlerweile haben die Grünen-Politiker*innen Ströbele und Bayram mit den Flüchtlingen in der Gerhart-Hauptmann-Schule einen Kompromiss ausgehandelt.*

Im Endeffekt bleibt es trotzdem Erpressung. Was in dieser einen Woche mit den Flüchtlingen gemacht wurde, ist unerträglich. Die Leute durften denen nicht mal Essen rein bringen. Die wurden mürbe gemacht und das nennt sich dann heutzutage Verhandlung. Das ist ein starkes Stück. Wir setzen unsere Austritts-Kampagne jedenfalls fort, denn die nächste Scheiße kommt garantiert. Auch in Zukunft ist mit denen keine emanzipatorische Politik zu machen.

In der taz war zu lesen, dass du selbst mal in der Grünen Jugend warst.

Das stimmt tatsächlich. Ich war da 14 oder 15 Jahre alt und jemand wollte die erste Grüne Jugend überhaupt aufmachen. Da bin ich dazu gekommen, ehrlich gesagt nur, weil ich ein Mädchen toll fand. Die Gruppe wurde aber nach nicht mal einem Monat wieder aufgelöst, weil die Jugendlichen alle viel zu radikal waren. Manche sind dann Tierschützer geworden, andere sind zu klassischen autonomen Gruppen gegangen. Das war

mein kurzes Intermezzo bei den Grünen.

Würdest du heute in einer Partei Mitglied werden?

Mir fällt nicht eine Partei ein, der ich irgendwie beitreten könnte. Die SPD hat gerade mit der erneuten Verschärfung des Asylrechts, also der Erweiterung der angeblich sicheren Drittstaaten, gezeigt, dass sie Überzeugungstäter in Punkto Rassismus sind. Die Grünen haben gezeigt, was sie von der Pressefreiheit halten und wie schnell die sich auf einen Polizeistaat einlassen. In der Linken gibt es ein Sammelbecken von Antisemiten und notorischen Israelhassern. CDU und FDP waren schon immer die Feinde. Also ein ganz klares Nein.

Im Internet werdet ihr als „Hipsterband auf Hipsterfang“ betitelt. Die Aktion wird eine „schlecht recherchierte pseudo-populistische Werbekampagne mit Verlosung“ genannt.

Ich finde das lustig. Mit Beschimpfungen und Bedrohungen kann ich umgehen. Das krieg ich jede Woche. Dass die Kampagne keine Werbung ist, kann man ja auch daran sehen, dass sich viele Hörer von uns abwenden, die sagen: „Egotronic sind für mich gestorben.“ Finde ich völlig legitim. Die Kampagne selbst ist aber aus purer Wut und einer absoluten Hilflosigkeit entstanden. Mein Punkt ist einfach:

Ich möchte dieser Partei Schaden zufügen. Und zwar so effektiv wie ich kann, mit der Reichweite von Egotronic.

Ihr verspaßt es euch also auch mit einem Teil der eigenen Zielgruppe.

Wir wissen, dass wir Hörer haben, die Mitglied bei den Grünen sind. Die Vorkommnisse in Kreuzberg waren jetzt der Anlass zu sagen: Leute, setzt mal ein Zeichen und steigt bei dieser Partei aus. Die Erfahrung hat nämlich gezeigt, dass aus jungen Grünen auch irgendwann alte Grüne werden. Und aus Jusos irgendwann SPDler. Und spätestens dann werden sie Arschgeigen. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche. Deswegen kann ich den Leuten nur raten, so schnell da zu verschwinden wie es nur irgend geht, bevor sie wirklich irgendwann knallharte Realpolitiker werden und anfangen ihre Ideale zu verraten.

Wie erfolgreich ist die Kampagne bislang?

Bis jetzt sind es nur wenige Zusendungen, aber ich sammle ja auch bis zum 31. Juli. Alle Ausstiege werde ich dann veröffentlichen. Ich hoffe, dass gerade junge Grüne, also diejenigen, die noch von einer besseren Welt träumen, irgendwann einsehen, dass sie mit der Partei ihre Ziele nicht erreichen können. Ob sie mir dann schreiben oder nicht, ist mir egal. Hauptsache sie steigen aus.

Jugendorganisationen gemeinsam gegen Mindestlohn-Ausnahmen

Mindestlohn ausnahmslos – für diese Forderung gab es in Essen nun einen Schulterschluss zwischen den Jusos Essen, der DGB-Jugend Mülheim-Oberhausen-Essen und der Linksjugend Solid Ruhr. Ein Schweizer Käse ist den Jugendorganisationen nicht genug, wenn es um das Mindeste zum Leben geht.

Stellen wir uns vor, ein Kind möchte Achterbahn fahren, ist aber zu klein: Ausnahme nicht möglich. Stellen wir uns vor, ohne Führerschein Auto fahren: Ausnahme nicht möglich. Stellen wir uns vor, es gibt eine unterste Lohngrenze. Ausnahme möglich – so wollen es SPD, CDU/CSU und Grüne. Sie haben dem Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Mindestlohn zugestimmt, die Linkspartei enthielt sich. Die vielen Ausnahmen stoßen indes auf große Kritik, auch bei lokalen Akteur*innen.

Zwar soll der Mindestlohn bereits ab kommendem Jahr gelten, allerdings nicht für Tarifverträge, in denen ein geringerer Lohn als der Mindestlohn vereinbart ist. Sie bleiben bis zum 31. Dezember 2016 gültig. Langzeitarbeitslose, die wieder ins Berufsleben einsteigen, Praktikant*innen, Zeitaussträger*innen und Saisonarbeiter*innen – sie alle werden ebenfalls keinen Mindestlohn erhalten.

Schulterschluss der Jugend

In einer gemeinsamen Erklärung sprechen sich die Linksjugend[olid] Essen, die Jusos Essen und die DGB Jugend Mülheim-Oberhausen-Essen für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen aus. „Wir waren lange genug die Generation Praktikum, nun wollen wir nicht die Generation

sein, die wegen zu schlechter Löhne in Armut lebt. Daher kämpfen wir für einen Mindestlohn ohne Ausnahmen und eine Gesellschaft, in der kein Mensch in Armut leben muss, unabhängig vom Alter, Geschlecht oder der ausgeübten Beschäftigung“, schreiben die Organisationen im gemeinsamen Aufruf zur Verabschiedung des „Schweizerkäse-Mindestlohns“.

Ismail Cebe ist Jugendsekretär der DGB-Jugend Mülheim-Essen-Oberhausen. Er macht gegenüber der aktuell die Auswirkungen für junge Menschen deutlich: „In der Ausbildung wird das Argument gebracht, dass man hierbei etwas lerne und daher die Bezahlung im Prinzip egal ist. Das führt dazu, dass einige Auszubildende gerade einmal 300 Euro brutto monatlich verdienen. Aber gilt es nicht gerade hier einen Mindestlohn einzuführen, um gerade auch gewisse Ausbildungsberufe interessanter zu machen?“

Wie stark profitiert das Ruhrgebiet?

Im Ruhrgebiet bekämen gerade schlecht ausgebildete Menschen schwieriger eine gute Arbeitsstelle und müssten daher auf schlecht bezahlte prekäre Helfer*innenjobs ausweichen, so Cebe weiter. „Dieses Problem wird allerdings nicht mit dem Mindestlohn beseitigt.“ Cebe fordert: „Hier geht es auch



Erntehelfer*innen bleiben trotz ihres Knochenjobs vom Mindestlohn ausgeschlossen. (Foto: voelker_wein/flickr.com, CC BY-NC 2.0)

um eine Anhebung des Qualifizierungs- und Bildungsniveaus.“ Der DGB-Jugendsekretär bezweifelt, dass der Mindestlohn in der jetzigen Form jungen Menschen helfen wird. „Jugendliche unter 18 Jahren und Auszubildende außen vor zu lassen ist unserer Ansicht nach nicht angemessen.“ Mittlerweile sei ein starkes Bündnis zwischen Gewerkschaften, Verbänden und politischen Organisationen entstanden, das für einen ausnahmslosen Mindestlohn kämpft: „Es ist daher mehr als empörend, wenn die Ausnahmen beim Mindestlohn als Akt zum Schutz der Jugend dargestellt werden, wie es das Arbeitsministerium getan hat“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung.

Dass Praktika, die weniger als drei Monate dauern, ebenfalls vom Mindestlohn ausgenommen sind, betrifft vor allem Studierende: „Das ist schade, da jeder weiß, dass heutige Praktika sich nicht mehr allzu stark von einem normalen Beschäftigungsverhältnis unterscheiden“, so Ismail Cebe. Ein Grund für das Einknicken der SPD scheint der Druck von Arbeitgeber*innenverbänden zu sein. Praktika würden bei Mindestlohn wegfallen, so zum Beispiel der Metall-Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger: „Viele Unternehmen werden künftig keine Praktika für Hochschulabsolventen mehr anbieten.“ Der Mindestlohn in der beschlossenen Form unterschei-

TIPPS & TERMINE



(Foto: Veranstalter*innen)

DONNERSTAG, 10.07.

SchwuBiLe-Abschlussgrillen

Zum Ende des Semesters lädt das Autonome AStA-Referat für Schwule, Bisexuelle und Lesben zum Grillen ein. Bier, Softdrinks und Würstchen mit und ohne Fleisch werden von den Referent*innen angeboten. Eigene Verpflegung kann mitgebracht werden.

► Ab 18 Uhr, Campus Essen, To2SooK14

DONNERSTAG, 10.07.

Students Remmi Demmi

Charts, House, RnB, Funk, 90s, Partyclassics - diesen bunten Mix gibts im Bochumer Sachs auf die Ohren. Von 22 bis 0 Uhr gibts zudem ein 2 for 1-Special.

► Ab 22 Uhr, Sachs, Bermudadreieck Bochum, Eintritt 3 Euro

DONNERSTAG, 10.07.

Rundgang Fotografie

Bei der Jahresausstellung zeigen Fotografiestudent*innen ihre Arbeiten. Die Veranstaltung findet vom 11.-13. Juli in der Galerie 52 (Viehofstraße), der Verteilerebene (Rathaus Galerie) und dem Designhaus statt und kann von 12 bis 20 Uhr besucht werden.

► 19 Uhr Eröffnung, Designhaus Essen, Eintritt frei

det nämlich zwischen den Praktika: Absolvent*innen müssen für Praktika bezahlt werden, die sie in ihrem Fachgebiet ausüben, während Studierende grundsätzlich bei Praktika ausgenommen werden. Bei Praktika länger als sechs Wochen muss der Mindestlohn gezahlt werden.

Auch die Kolleg*innen aus dem Duisburger DGB wehren sich gegen die vielen Ausnahmen. Angelika Wagner, Vorsitzende des DGB in Duisburg, macht deutlich, weshalb ein würdevoller Mindestlohn gerade in NRW und vor Ort vonnöten ist: „In Nordrhein-Westfalen und auch in Duisburg arbeitet jeder fünfte Beschäftigte für einen Lohn unter 8,50 Euro pro Stunde. Der gesetzliche Mindestlohn muss daher ohne Ausnahmen umgesetzt werden. Würde kennt keine Ausnahmen!“

Für den Essener Jugendsekretär Ismail Cebe geht der Kampf ebenfalls weiter. Zwar sei er einerseits glücklich, dass es nun endlich einen Mindestlohn gibt, andererseits sei er empört über die Ausnahmen, die vor allem Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen betreffen: „Wir dürfen nicht ruhen. Wer still ist, wird auch nicht gehört. Wir haben vor allem als Jugend ausreichend Optionen uns mitzuteilen, dass wir gehört werden. Die politische Spitze kann dann letztlich nicht darüber wegsehen, wenn hunderte junge Menschen vor dem Bundestag protestieren, um ihre Forderung durchzusetzen. Natürlich ist das mit einer Aktion nicht getan und daher werden wir als Gewerkschaftsjugend nicht müde



Die geplanten Ausnahmen beim Mindestlohn rufen die Gewerkschaften auf den Plan.
Foto: linksfraktion/flickr.com, CC BY-NC-SA 2.0)

unsere Forderungen, natürlich mit Hilfe der politischen Organisationen durchzusetzen.“

Bei der Abstimmung im Bundestag haben fünf CDU-Abgeordnete gegen den Mindestlohn gestimmt. Wohl nicht wegen der Ausnahmen, sondern weil die Abgeordneten einen Mindestlohn generell ablehnen. Während die Grünen dem Gesetzentwurf zustimmten, obwohl sie Bedenken wegen der Ausnahmen äußerten, enthielten sich die Abgeordneten der Linkspartei. Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn weist darauf hin, dass ein Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro zu wenig sei. Wer in einer 38-Stunden-Woche 8,50 verdient, hat im Monat 1.400 Euro

brutto. Netto heißt das für einen vollzeitarbeitenden Single ohne Kinder 1.040 Euro. Höhn fordert daher einen sofortigen Mindestlohn von zehn Euro ohne Ausnahmen.

SPD-Linke vor Spaltung

In der SPD selbst sorgt der Mindestlohn für gewaltige Zerrüttungen: Das Forum Demokratische Linke (DL21), welches seit Jahren eine Plattform für linke SPD-Mitglieder ist, steht aufgrund des Mindestlohnes vor der Spaltung. Unter anderem trat im Zuge der Debatte Andreas Nahles aus DL21 aus. Die einstige Chefin der Partei-Strömung DL21 und fünf weitere prominente Mitglieder begründen

ihren Austritt aus dem parteiinternen Zusammenschluss damit, dass es nicht zum ersten Mal dazu gekommen sei, dass DL21-Mitglieder politische Erfolge kleinreden würden.

Dennoch: der Mindestlohn bedeutet für einige auch einen besseren Lohn. Nach einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung hätte jede*r sechste Arbeitnehmer*in bei einer hypothetischen sofortigen Einführung des Mindestlohns Anspruch auf eine entsprechende Lohnerhöhung. Auch den 1,3 Millionen Aufstocker*innen, die trotz Arbeit Sozialleistungen empfangen müssen, dürfte der Mindestlohn in einigen Fällen helfen. [DanKe/Fra]

FREITAG, 11.07.

Trash Troopers

Im neu eröffneten Räuber & Rebellen läuft an diesem Abend der größte musikalische Mist der 80er und 90er Jahre. Von East 17 bis 90er-Techno sollen alle Genres vertreten sein. Dazu findet ein Super-Nintendo-Turnier statt.

► ab 22.30 Uhr, Räuber & Rebellen, Recklinghausen, 5 Euro

SAMSTAG, 12.07.

London Calling im Djäzz

Die zwei Djanes mit deutsch-englischen Wurzeln legen im Duisburger Djäzz New Wave, Britpop, Postpunk und Independent auf.

► Ab 23 Uhr, Djäzz, Börsenstr. 11, Duisburg, bis 0 Uhr frei, dann 5 Euro.

SAMSTAG, 12.07.

Residance

Für konkurrenzlose drei Euro Eintritt wird im AZ der Widerstand getanzt. Auf dem ersten Floor legen Désirée, Conny Island und The Electric Taste Techno und House auf, in der Halle gibt es gemischte Musik von Aunt Ant und Cassandra Castrop.

► Ab 22 Uhr, AZ Mülheim, Aurestr. 51, Eintritt 3 Euro

DIENSTAG, 15.07.

Open-Air-LOL

Conny Island und Kai Suffa-Friedel versprechen wieder zwei Stunden Party nonstop - dieses Mal Open-Air im Frohnhauser Club Frohnatur. Welche Sorte Shots es gratis gibt, kann wieder online abgestimmt werden. After Hour in der Banditenbar.

► Ab 21 Uhr, Frohnatur Essen, Frohnhauserstr. 75

Forschen für den Krieg?

Ein altes Thema hat wieder Konjunktur: Die Zivilklausel. Die Forderung, Rüstungsforschung aus den Hochschulen zu verbannen, könnte zum größten Erfolg studentischer Initiativen seit Langem führen. Unterstützung gibt es vor allem von kritischen Wissenschaftler*innen aus den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften. Aber auch in den ingenieurwissenschaftlichen Fakultäten schmilzt der Widerstand – vor allem dank des Engagements von Studierenden. Ein Essay von Daniel Lucas, AStA-Referent für Hochschulpolitik.



(Foto: Bundeswehr-Fotos/flickr.com, CC BY-ND 2.0)

In Marburg tut sich etwas: In der letzten Woche konnte sich die Studierendenschaft zur Zivilklausel positionieren. Das Quorum, das Verbindlichkeit schaffen würde, wurde wohl nicht erreicht. Soviel kann man nach der dennoch hohen Wahlbeteiligung zur StuPa-Wahl (18,1 Prozent) bereits sagen. Dennoch ist man in Marburg optimistisch, dass zumindest eine Mehrheit der tatsächlichen Wähler*innen sich für die Verankerung der Zivilklausel in der Grundordnung ausgesprochen hat. Auch an der UDE gibt es ein Votum der Studierendenschaft für eine solche Änderung der Grundordnung. Aber sowohl der AStA als auch die studentischen Senator*innen haben bisher bemerkenswert wenig für die Umsetzung dieser Forderung getan, dabei bekennen sich GHG und Linke Liste zu einer Zivilklausel. Ihr Argument: Forschung unterläge ethischen Maßstäben und die Forscher*innen seien für die Konsequenzen ihres Forschens verantwortlich.

Die Gegner*innen sehen das naturgemäß anders. Zumeist berufen sie sich auf die Technikneutralitätsthese. Diese besagt, dass technische Artefakte ethisch neutral seien und erst die späteren Anwender*innen moralischen Urteilen unterlägen. Obwohl diese Behauptung in der akademischen Debatte um Verantwortungskonzepte, vor allem unter Technikethiker*innen, kaum noch eine Rolle spielt, wird sie in der po-

litischen Debatte sehr häufig angegriffen. Ein zweites Argument ist der Verweis auf die Forschungsfreiheit, mit welchem an der UDE zum Beispiel der RCDS gegen eine Zivilklausel argumentiert. Hier liegt jedoch ein verfassungsrechtlicher Irrtum zu Grunde, in dem dieser Auszug aus dem Grundgesetz als Positiv- und nicht als Negativrecht verstanden wird. Das heißt: Dieses Recht soll die Wissenschaft vor ökonomischen oder ideologischen Beeinflussungen schützen, es legitimiert aber keinesfalls zum verantwortungslosen Arbeiten.

Dual-Use-Verfahren

Ein drittes Argument hingegen besitzt eine deutlich größere Schlagkraft. Von Gegner*innen der Zivilklausel wird angebracht, dass sogenannte Dual-Use-Verfahren, das heißt Forschungsprojekte, die auch, aber nicht nur für militärische Zwecke benutzt werden könnten, an Hochschulen mit einer Verzichtserklärung prinzipiell ausgeschlossen wären. Dies träfe vor allem Antriebs- und Navigationssysteme. Dieses Argument richtet sich allerdings nicht gegen das Prinzip der Zivilklausel im Allgemeinen, sondern nur gegen besonders strikte Formen und Formulierungen. Hier bestünde die Möglichkeit an den einzelnen Hochschulen einen Konsens oder zumindest einen Kompromiss zu finden.

Denn Anlässe für eine ernsthafte Auseinandersetzung mit

der Zivilklausel gibt es sowohl historische als auch aktuelle. Als historisches Beispiel sei etwa der Ingenieur Wernher von Braun genannt, der den Tod hunderter Zwangsarbeiter*innen für seine Raketenforschung in Kauf nahm. Außer der extremen Rechten gibt es allerdings keine nennenswerten Verteidiger*innen für diese Art der Forschung. In der Gegenwart sind es vor allem Drittmittelprojekte des Bundesministeriums für Verteidigung oder großer Rüstungsfirmen, die für Aufmerksamkeit sorgen. Seit ihrer Gründung erhielt die Universität Duisburg-Essen etwa regelmäßig Zuwendungen seitens des Verteidigungsministeriums in sechsstelliger Höhe – obwohl an der UDE offiziell keine Rüstungsforschung betrieben wird. Auch aktuelle Zahlen lassen aufmerken: Die Ausgaben für Rüstungsforschung seitens des Ministeriums haben sich in den letzten Jahren verdoppelt. Mehr als 390 Millionen Euro soll das Ministerium nach Angaben der Süddeutschen Zeitung seit 2010 für solche Projekte verausgabt haben. Die Forschungsergebnisse bleiben selbstverständlich geheim – ein Affront gegen grundsätzliche wissenschaftliche Veröffentlichungsstandards.

Transparenzvorschriften im Hochschulzukunftsgesetz

Ein wenig Morgenluft witterten die Befürworter*innen der Zivilklausel in Hinsicht auf die geplanten Transparenzvorschriften im

nordrhein-westfälischen Hochschulzukunftsgesetz. Eine Pflicht zur Offenlegung von Forschungskooperationen hätte eine sachgemäße Überprüfung erleichtert. Auch war man der Ansicht, dass die Bereitschaft der Forscher*innen sich in Rüstungsprojekten zu engagieren abnehme, wenn sie sich öffentlich dazu bekennen müssten. Die Streichung dieser Gesetzesänderungen hat den Bemühungen entsprechend einen merklichen Dämpfer versetzt. Auch bedeutet das Niederschreiben einer Zivilklausel in die Grundordnung noch lange nicht, dass diese auch eingehalten wird. In der Community der Wochenzeitung Der Freitag benennt Michael Schulze von Glaßer zum Beispiel sieben Hochschulen, die formal über eine solche Erklärung verfügen, an denen jedoch dagegen verstoßen wird.

Diese Beispiele zeigen auch, dass die reine Forderung nach einer Zivilklausel oder die Verankerung einer solchen in der Grundordnung noch lange nicht das Ende der Auseinandersetzung bedeuten können. In der Debatte, so scheint es, wurde über die Zeit danach bisher wenig gesprochen. Es fehlt entsprechend an Kontrollmechanismen. Vielleicht hilft ein offener Umgang mit diesen Defiziten aber auch, die Gegner*innen noch einmal ins Boot der Diskussion zu holen. Vor allem wäre das eine Möglichkeit, die Studierendenschaft geschlossener vor der Hochschule vertreten zu können.

Neue Hörsäle für die UDE

Im Wintersemester 2013 kam der Doppeljahrgang in NRW an die Universitäten. Unter anderem dafür wurde an der Uni Duisburg-Essen kräftig gebaut. Jetzt, wo die ersten NRW G-8er auf ihr drittes Semester zusteuern, sind die neuen Hörsäle an beiden Standorten nahezu fertig. In Duisburg konnten schon die ersten Veranstaltungen im neuen Hörsaal stattfinden, in Essen voraussichtlich ab dem 14. Juli.



Foto: Gerne

Beim diesjährigen Dies Academicus wurde das neue Hörsaalzentrum in Duisburg feierlich eingeweiht. Mit verschiedenen Reden, Ehrungen, einem sogenannten Dinner en blanc und einem Open-Air Klassik-Konzert wurde am 25. Juni nobel gefeiert. Das neue Unigebäude in der Lotharstraße in Duisburg wurde insgesamt zwei Jahre gebaut und die beiden Doppelhörsäle bieten nun für 1050 Student*innen Platz. Rund 10,3 Millionen Euro kostete der Neubau. Das sei eine lohnenswerte Investition gewesen, sagt Unisprecherin Beate Kostka. Das „Herz des Campus Duisburg“ sei dadurch neu gestaltet worden.

Kino kannste knicken

Die fast 40.000 Student*innen der Universität Duisburg-Essen brauchen die neuen Hörsäle auch dringend, schließlich finden jedes Semester mehrere Vorlesungen in Kinosälen statt. Eine gute Lernatmosphäre kommt da meist nicht auf: „Ich werde jedes Mal von dem gedimmten Licht und den gemütlichen Sesseln sehr müde. Im Kino ist es einfach schwierig, konzentriert zuzuhören“, sagt Germanistik-Studentin Karolin. AStA-Vorsitzender Felix Lütke weiß um die Problematik: „Vorlesungen im Kino sind wirklich keine Idealsituation. Umso besser, dass jetzt die räumliche Situation entlastet wird. So gibt es auch wieder mehr Platz für studentische Gruppen und Initiativen.“ Er hätte es gerne gesehen, wenn in Duisburg noch neuer Platz für eine Kita geschaffen worden wäre: „Es ist schade, dass wir darauf keinen Einfluss nehmen konnten. Die Pläne für die Baumaßnahmen standen schon sehr lange fest.“ In Essen gibt es bereits eine studentisch organisierte Kin-

derbetreuung in der Krabbelburg.

Da vom akuten Platzmangel beide Standorte betroffen sind, wurde seit November 2012 auch an einem neuen Hörsaalzentrum an der Gladbeckerstraße in der Grünen Mitte Essen gebaut. Jetzt steht es kurz vor der Erstnutzung, die letzten Baumaßnahmen wurden vergangene Woche getätigt. Jetzt muss noch die Technik vollständig installiert werden. Nach der Einweihung im Herbst wird das Hörsaalzentrum dann mit Beginn des Wintersemesters 2014/15, also ab Mitte Oktober, für den Lehrbetrieb geöffnet sein. Ursprünglich war geplant, dass das Gebäude bereits im Sommersemester 2014 genutzt werden kann, doch durch alte Eisenbahn-Fundamente im Boden verzögerte sich der Bau. Seit vergangener Woche gibt es zumindest schon die Beschriftung „Hörsaalzentrum R14“ an dem neuen „Kasten“ der Uni – es gibt also guten Grund zu hoffen, dass schon bald Student*innen durch die gläsernen Türen schreiten können.

Keine Kosten gescheut

Rund 12 Millionen Euro kostet das neue Hörsaalzentrum in Essen, neben LED-Decken und Bühnenbeleuchtung gibt es dort moderne Großleinwände. Ein klarer Pluspunkt des neuen Hörsaalzentrums gegenüber beispielsweise dem Audimax am Campus Essen sind auch die Fenster. So können zukünftige Vorlesungen bei Tageslicht stattfinden, ein Luxus, den manche Seminarräume, geschweige denn Vorlesungssäle in Essen nicht bieten.

Die Ästhetik des neuen Essener Hörsaalzentrums sorgte lange für fragende Blicke unter den Student*innen. In der langen Bauzeit sah man auf dem Weg zur Stra-

ßenbahnstation Rheinischer Platz nur einen unförmigen Betonklotz, der zunächst die Bemühungen, das Universitätsviertel ansprechender zu gestalten, zu Nichtes zu machen schien. Mittlerweile hat der sechseckige Bau viel Glas und Klinker dazugewonnen. Und damit auch an Ästhetik.

Ansprechende Gestaltung?

Auch das Innere des Gebäudes wurde ansprechend gestaltet: für die hölzernen Sitzplätze wurden drei Anthrazitfarben gewählt, die einen Kontrast zu den roten Treppen und der Empore bilden. Dass es immer noch „ein Ort des Lernens“ bleibt, erkennt man an den schlicht weiß gehaltenen Wänden. Das neue Hörsaalzentrum in Duisburg wurde äußerlich teilweise mit Holz bekleidet. Ein gute Alternative zum Klinker, findet Student Marc: „Ich studiere hauptsächlich in Duisburg und freue mich über das neue Hörsaalzentrum. Es ist durch die Holzfassade auch ziemlich ansprechend geworden. Dieses Grau vom Hörsaal in Essen gefällt mir nicht.“ Trotz der Holzfassade bleibt in Duisburg noch eine Menge Beton, die sich für Graffiti-Kunst anbieten könnte – zum Beispiel im Rahmen eines Uniprojektes mit Künstler*innen. Dann würde das Ganze vielleicht auch noch mehr nach Uni und weniger nach Bürobauten aussehen – oder wieso sind die Essener Türme nochmal bunt?

Trotz der neuen Hörsäle an beiden Campi, eine schlechte Nachricht für müde Studierende bleibt: Auch im Wintersemester 2014/15 werden noch einige Vorlesungen im Cinemaxx Essen stattfinden. Na dann, Popcorn bereithalten und zurücklehnen. Der nächste Neubau kommt bestimmt. [Gerne]

KURZMELDUNGEN

Pro NRW in drei Essener Aufsichtsräten

Die rechtspopulistische Partei Pro NRW ist künftig in drei Essener Aufsichtsräten vertreten: Bei der „Theater und Philharmonie“, der Messe Essen und der Grundstücksverwaltung. Zudem haben die Rassist*innen sich je einen Sitz in drei Fachausschüssen ergattert. Dabei hatten sie Glück: In einem Topf mit den Linken wurden die Pro NRWler glücklich gezogen. Bei der Linken ist man erbost: Zu der Auslosung kam es erst, weil die Linksfraktion bei dem gemeinsamen Vorschlag fast aller Fraktionen nicht gemäß ihrer Stärke berücksichtigt wurde. Janina Herff ist wieder Teil der nun vierköpfigen Fraktion.

Endgültige Entscheidung vertagt

In der Essener Ratssitzung verschob der Stadtrat die Entscheidung über die endgültigen Unterkünfte für Geflüchtete. Die Abstimmung über die von der Stadtverwaltung vorgeschlagenen Container-Standorte soll nun erst in der Sitzung im September stattfinden, was der Stadt laut informer-magazine 820.000 Euro Mehrkosten beschert. Die Auftragsvergabe für den Bau der Wohncontainer kann nämlich erst nach dem Ratsbeschluss geschehen. Bis dahin weicht der Stadtrat auf provisorische Unterkünfte aus, was bei Grünen, Linken und Parteipiraten auf Kritik stößt, weil sie vermuten, aus den Provisorien könnte eine Dauerlösung werden. Schon in der Vergangenheit hatten die Essener Ratsvertreter*innen den Beschluss eines Konzeptes immer wieder verschoben.

akduell Liebhaben

Alle Artikel, die Möglichkeit zu Kommentieren, zu Teilen und natürlich zum Liebhaben habt ihr auf:

unserer Facebook-Seite:

- www.facebook.de/akduell und auf unserer Homepage:
- www.akduell.de

Zeitungsredakteur*in gesucht

Du:

- hast bereits journalistische Erfahrungen oder großes Interesse, journalistisch zu arbeiten?
- hast ein gutes Sprachgefühl und Lust auf Recherchearbeit?
- kannst auch unter Zeitdruck Texte produzieren?
- hast Lust, in einem gleichberechtigten Team mit großer Verantwortung mitzuarbeiten?
- kannst mit Adobe InDesign, Adobe Photoshop und Wordpress umgehen oder bist bereit, dir diese Fähigkeiten zeitnah anzueignen?
- fühlst dich der Studierendenschaft verbunden und engagierst dich gegen Diskriminierung?
- kennst die emanzipatorischen Initiativen und sozialen Bewegungen auf dem Campus und in der Region?
- kennst dich in der regionalen Kulturszene aus oder möchtest dich in diesen Bereich einarbeiten?
- willst mit großem Engagement, mit Kreativität und Eigeninitiative bei einem unabhängigen studentischen Medium mitarbeiten?

Der AStA der Universität Duisburg-Essen sucht zur Verstärkung der aktuell-Redaktion

eine freie Redakteurin bzw. einen freien Redakteur.

aktuell-Redakteur*innen werden mit einem festen Rahmenvertrag ausgestattet und über Zeilengeld und ein Produktionshonorar (70 EUR pro Produktion) bezahlt. Außerdem gibt es ein festes Honorar für die Online-Redaktion (30 EUR pro Ausgabe).

Während der Vorlesungszeit erscheint aktuell wöchentlich, in der vorlesungsfreien Zeit in der Regel zweiwöchentlich. Die Zeitung wird Montags von fünf Redakteur*innen von 8 bis 16 Uhr produziert, Mittwochs findet eine Redaktionssitzung mit allen Mitgliedern von 12 bis 14 Uhr statt. Wir ermutigen insbesondere Studentinnen, sich zu bewerben.

Bitte sende deine aussagekräftigen Bewerbungsunterlagen, gerne mit beigefügten Textproben von dir, bis spätestens Donnerstag, den 31. Juli 2014 an: vorsitz@asta-due.de

IMPRESSUM

ak[duell] – Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet
Herausgeber: **ASTA** der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Felix Lütke u.a.

Projektkoordination: Felix Groell

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Redaktion dieser Ausgabe: Felix Rauls (Fra), Martin Niewendick (Mnd), Lorenza Kaib (lenz), Rolf van Raden (rvr), Maren Wenzel (mac), Daniel Kerekes (DanKe), Alex Grossert (aGro), Linda Gerner (Gerne)

Comic: Sebastian Happ

V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstedde

E-Mail: redaktion@akduell.de

SUDOKU – HIRNAKROBATIK

				8		1
3	6				9	5
9		1	6			4
8	6		7	5		
		6	8	2		
		3	1		4	6
6		8	3			7
	1	7				3
3		7				

HLP! #65 - LOCKES VERRÜCKTE WISSENSCHAFT: DIE ALUHÜTE

